

Aufarbeitung eines „Desasters“

Biogasanlage: CDU und FDP ziehen kritische Bilanz

Bruchköbel (pm/tok). „Den Vorwurf, wir Christdemokraten hätten Einsicht in vertrauliche Unterlagen oder Gutachten zum Thema Biogasanlage Roßdorf gehabt, weisen wir ganz klar von uns“, betonte der Bruchköbeler CDU-Fraktionsvorsitzende Reiner Keim in einer Pressemitteilung im Nachklang zur Stadtverordnetenversammlung, bei der das Projekt mehrheitlich gekippt wurde (der HA berichtete).

„Unser Parteivize und Pressesprecher Gerhard Rehbein stützte sich auf im Internet stehende, bereits bekannte öffentliche Gutachten des Planungsbüros und auf die öffentlichen Einwände und Pressemeldungen der Gemeinden Nidderau und Schöneck“, so der Fraktionschef weiter. Ebenso seien, so die CDU, die Einwände der Bürger Roßdorfs wohl jedem in Bruchköbel bekannt. „Was also an diesen Fakten geheim oder vertraulich sein soll und einen Vorwurf gegenüber unserem Stadtrat Rehbein rechtfertigt, ist daher absolut nicht nachzuvollziehen“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Lauterbach.

Die CDU betonte, dass sie das gesamte Verfahren von Anfang an kritisch betrachtet und stets Wert darauf gelegt habe, dass alle relevanten Aspekte wie Verkehrsführung, Geruchs- und Lärmbelästigungen, Wegenutzungen und Einsprüche von benachbarten Kommunen sowie die Bedenken der Roßdorfer Bevölkerung Beachtung finden sollten. Daher beantragte die CDU seinerzeit auch die Informationsveranstaltung in der Mehrzweckhalle Roßdorf. Nachdem aber dann eine Vielzahl von diesen öffentlichen Einwänden bereits bekannt waren und es sich abzeichnete, dass das gesamte Projekt nicht realisierbar sei, habe es keinen Sinn mehr ergeben, weiterhin den politischen Willen – unter anderem auch gegen den Willen der besorgten Bevölkerung – zur Errichtung solch einer Anlage aufrecht zu erhalten. „Dennoch brachte man in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung per Antrag zum Ausdruck, dass man trotz allem und abgekoppelt vom politischen Willen, das formaljuristische Prüfverfahren ordentlich und verwaltungsrechtlich angemessen zum Abschluss bringen sollte“, so Keim weiter. „Selbst Landrat Erich Pipa erklärte seine Bedenken vor den Bürgern und verschickte sogar Schreiben im Namen des Main-Kinzig-Kreises, in denen er seine erheblichen Zweifel gegen die Biogasanlage äußerte an das Bundesumweltministerium und das Regierungspräsidium und versandte diese zeitgleich darüber hinaus sogar in Kopie an verschiedene Bürger Roßdorfs“, so der stellvertretende Parteivor-

sitzende Gerhard Rehbein. „Wenn der sozialdemokratische Landrat seinen eigenen Parteikollegen darüber nicht in Kenntnis setzt, sich entgegen dem eigenen Ortsverband gegen die Anlage ausspricht und sogar Schreiben mit diesem Inhalt verteilt, kann das nach Meinung der CDU keinem von uns und auch nicht mir angelastet werden“, so Gerhard Rehbein zu den Vorwürfen. „Mit Anerkennung für die zahlreichen engagierten Roßdorfer Bürger“ kommentierten FDP-Fraktionsvorsitzender Gerd J. Jesse sowie FDP-Magistratsmitglied und Ortsvorsitzender Jürgen Schäfer „den Ausgang des Abenteuers um den Biogasstandort im Zuge der letzten Stadtverordnetenversammlung“. „Bereits mit einem Antrag im Jahr 2007 hat die FDP-Fraktion auf den ungeeigneten Standort bezüglich der geplanten Biogasanlage in Roßdorf hingewiesen. Tatsächlich hat sich nun die von uns vorhergesehene verkehrstechnische Unmöglichkeit des Projektes voll bewahrheitet. Schade, dass darüber zwei Jahre vergehen mussten, bis dies auch die politisch Verantwortlichen der anderen Parteien erkannt haben“, heißt es in der Pressemitteilung der FDP weiter.

„Was bei dem aufmerksamen Bürger in Erinnerung bleiben wird, sind einige besonders zu Ende aufgetretene Merkwürdigkeiten der anderen Parteien“, so FDP-Mitglied Oliver Braun. Da habe sich die SPD bis zuletzt geweigert, die Verkehrsprobleme zu erkennen und sei auch nur mit allzu durchschaubarer Kostenkritik zum Schluss in Erscheinung getreten. Die CDU sei ebenfalls offensichtlich noch mit der Selbstfindung befasst, was sich aus den unterschiedlichsten Stellungnahmen ihrer Funktionsträger zum Thema ablesen lasse, nämlich „von ganz schrill bei Magistratsmitgliedern bis moderat-sachlich bei der Fraktionsführung“ – und schließlich auch der BBB als Sammelsurium ehemaliger CDU-Standortbefürworter und Projektinitiatoren, die in kurzer Zeit eine 180-Grad-Wende vollzogen haben, bleibe diffus.

Lediglich die Grünen blieben ihrer Rolle als „verkehrs-, wirtschafts- und kommunalpolitische Geisterfahrer“ treu. Wobei von den grünen Spitzenkräften versucht worden sei, mit schlichten Unwahrheiten über die Sachverhalte hinweg zu täuschen. Dies alles sollte aber kein Hinderungsgrund sein, den Blick in die Zukunft zu stellen. Denn einerseits müsse in Bruchköbel die Politik wieder in verlässliche berechenbare Bahnen einschwenken, wozu auch klare Verhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung zählten. Andererseits müsse die Nachbereitung dieses „Biogasanlagen-Desasters“ angepackt werden.